

# Bonn: Geburtendschihad zeigt Wirkung



Laut neuester

Statistik hat gut ein Drittel aller Bonner Schüler einen „Migrationshintergrund“. Dass dieser Hintergrund überwiegend muslimisch ist, ist nicht mehr zu übersehen, und zwar nicht nur auf den Straßen, sondern ganz besonders auch in den Schulen.

*(Von Verena B., Bonn)*

So weist die Gotenschule (städtische Gemeinschaftsgrundschule) im Bad Godesberger Stadtteil Plittersdorf mit fast 64 Prozent im Vergleich zu den umliegenden Schulen einen sehr viel höheren Prozentsatz an Kindern „mit Migrationshintergrund“ auf, kein Wunder, da die Gotenstraße inzwischen überwiegend von der Schleier-/Hidschab-/[Kopftuch- Gegengesellschaft beherrscht](#) wird. Das liege wohl daran, dass die meisten Muslime des Quartiers die Bedingungen der katholischen Nachbarschaftsschulen nicht unterschreiben wollen, vermutet Schulleiterin Sabine Kütten. Kütten und ihr engagiertes Team beklagen das jedoch keinesfalls. „Wir sehen unsere Vielfalt als Chance, als Bereicherung“, sagt sie. Daran müsse man aber natürlich auch hart arbeiten und auf die Familien zugehen, fügt sie dann noch ernst hinzu.

Der [General-Anzeiger](#) berichtet weiter:

*Das muss man andernorts noch stärker. Denn in Bonn gibt es Schulklassen, in denen sitzen nach GA-Informationen sogar gut 85 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund – und in anderen glatte null Prozent. Es gibt Stadtteile, da besuchen fast 50 Prozent Schüler mit Zuwanderungsgeschichte ein städtisches und, nur ein paar Hundert Meter davon entfernt, weit unter einem Prozent von ihnen ein Privatgymnasium.*

*Ein anderes Beispiel: Nur ein paar Straßen trennen zwei Grundschulen, in denen hier 74 Prozent und dort nur 27 Prozent Migrantenkinder lernen. Das alles hat der Landesbetrieb Information und Technik (IT) NRW in seiner neuesten Schülerstatistik 2014/2015 ermittelt, die nicht öffentlich ist, „damit nicht Rückschlüsse auf Personen gezogen werden können“, so das Presseamt.*

*Die detaillierten Zahlen sind Grundlage eines Antrags, mit dem die Jamaika-Koalition im Schulausschuss für „eine ausgewogenere Schülerverteilung“ eintritt. „Für eine gelingende Inklusion sind diese Extrema in der Verteilung negativ“, so urteilen CDU, FDP und Grüne einstimmig. Der SPD, der Linken und dem Bürger Bund Bonn ging der Antrag jedoch nicht weit genug. Die Opposition enthielt sich somit der ansonsten einstimmigen Abstimmung.*

*Die Koalition will nun die Verwaltung beauftragen, bei allen Schulen, die weniger als 20 Prozent oder mehr als 60 Prozent Migrantenkinder betreuen, zu hinterfragen, „wie sich die Werte ergeben und welche Überlegungen angestellt werden, um diese Situation zu ändern“.*

*Wobei, das muss angemerkt werden, der Begriff „Schüler mit Zuwanderungsgeschichte“ in der Statistik weit gefasst ist: Er schließt sowohl die aus dem Ausland neu Zugewanderten wie im weitesten Sinne auch diejenigen mit nur einem Elternteil, das nicht in Deutschland geboren wurde, ein. Man wolle erreichen,*

*dass die Lasten gerechter verteilt werden, erläutert Peter A. Spyra, CDU, den Antrag auf GA-Anfrage. „Natürlich geht das nur dann, wenn die Schulen auf diesem Weg mitgenommen werden und sie überzeugt sind, dass Migration eine Bereicherung darstellt. Hierzu können Politik und Verwaltung beitragen.“ Die Koalition wolle aus den Zahlen Konzepte entwickeln und auch mit den Eltern, die die Schulwahl vornehmen, ins Gespräch kommen.*

*Die Schulausschussvorsitzende Dorothee Paß-Weingartz (Grüne) reagiert ebenso betroffen: Schulen nähmen vor allem stadtteilbedingt, manche auch aus Überzeugung bis zu 85 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund auf, „und andere lehnen sich vornehm zurück und sind dann Zielschulen für das Bildungsbürgertum oder für die, die sich dafür halten.“ Aber gerade in einer internationalen Stadt mit der Zukunftsaufgabe, Flüchtlinge weiter zu integrieren, müsse Integration durch Bildung eine Aufgabe für alle Bonner Schulen sein.*

*Auf das doch bindende Prinzip ausgewogener Klassenzusammensetzungen weist auch Ulrich Meier für die Stadtschulpflegschaft hin. Den Antrag der Koalition sieht er aber skeptisch. „Das ist ein zu einfacher Lösungsansatz. Er wird der Komplexität des Problems nicht gerecht.“ Vor allem müssten Konzepte und stützende Maßnahmen her.*

Im Kommentar zu ihrem Artikel schlägt die ansonsten stets linientreue Redakteurin Ebba Hagenberg-Miliu auf einmal zaghaft ziemlich populistische Töne an:

*[...] Darüber, wo Schüler unterrichtet werden, entscheiden von Rechts wegen auch weiterhin die Rektoren. Und das ist auch gut so. Dass sich derzeit jedoch von den 36.604 Bonner Schülern die 13.613 Kinder mit Zuwanderungsgeschichte derart geballt nur in bestimmten Schulen tummeln, wie es die Statistik aufzeigt, sollte die Alarmglocken läuten lassen.*

*Auch wenn es einige Leiter wie die Gotenschulrektorin gibt, die ihren hohen Migrantenanteil als positive Herausforderung, ja als Bereicherung annehmen.*

*Der Antrag der Jamaika-Ratskoalition ist auf jeden Fall ein Fortschritt. Auch in die Richtung, ernsthaft zu diskutieren, ob in Bonn allgemeinbildende Schulen mit zu 85 Prozent, oder selbst – wie man hört – Klassen mit bis zu 100 Prozent Migrantenanteil weiter geduldet werden sollten. Und das vor einem Hintergrund, dass nur ein paar Blocks weiter fast ausschließlich Gleichaltrige aus Elternhäusern ohne Zuwanderungshintergrund miteinander lernen und aufwachsen. Sozialer Zündstoff ist da programmiert.*

*Ja ... aber, dürfte jetzt argumentiert werden: Was will man denn daran ändern, dass sich die meisten Eltern mit (muslimischem) Hintergrund genau für die integrationserfahrenen Schulen entscheiden und für Einrichtungen, die möglichst wohnortnah liegen? Dass nicht wenige muslimische Eltern christliche Schulen meiden und Familien mit kleinem Geldbeutel Privatschulen? Alle diese Argumente stechen. Das Thema ist komplex.*

Ja, Frau Hagenberg-Miliu, das Thema ist in der Tat komplex. Inzwischen scheint selbst Ihnen aufgefallen zu sein, dass die weitgehend problemlos funktionierende multikulturelle Gesellschaft einer nichts als Probleme schaffenden monokulturell islamischen Gegengesellschaft gewichen ist. Nun ist es Aufgabe der Politik, die verfassungsfeindlichen Geister, die sie freudig rief, zu „integrieren“ und muslimischem Rassismus gegenüber Deutschen und Juden wirksam entgegenzutreten, der vor allem auch in den Schulen anzutreffen ist. Darüber haben Sie allerdings noch nie etwas berichtet.

Inzwischen zeigt es sich aber, dass es wesentlich einfacher ist, die doofen Deutschen zwangsweise und per Gesetz in die

ständig wachsende islamische Gesellschaft zu integrieren. Und eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass ein Korangläubiger wieder in sein Heimatland zurückkehrt, wo er sich viel wohler fühlen würde als im „verdorbenen Westen“. Er ist gekommen, um zu bleiben, denn wie sagte doch der ehemalige türkische Regierungschef Sulayman Demirel seinerzeit zu Helmut Schmidt: „Bis zum Ende des Jahrhunderts müssen wir noch 15 Millionen Türken nach Deutschland exportieren“. Der Sozialdemokrat wehrte ab: „Das wird nicht stattfinden, das werden wir nicht zulassen“. Doch Demirel beharrte: „Warten Sie mal ab. Wir produzieren die Kinder, und ihr werdet sie aufnehmen“. (Wochenzeitung „Die Zeit“, Heft „Zeit-Punkte“, Nr. 1/1993)

Merke: Es findet keine Islamisierung statt! Wer das behauptet, ist ein rechtsextremer Nazi!